

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Luzern, 6. August 2025

Medienmitteilung Mit 13 Massnahmen den CO₂-Ausstoss der Verwaltung zusätzlich senken

Gemäss Klima- und Energiestrategie will die Stadtverwaltung ihrer Vorbildrolle in Sachen Klimaschutz gerecht werden. So soll der Treibhausgasausstoss der Verwaltung kontinuierlich gesenkt werden. Dafür wurden 13 zusätzliche Massnahmen ausgearbeitet. Miteinbezogen wurden zum ersten Mal auch die grauen Treibhausgasemissionen. Über den Bericht und Antrag «Vorbild Klimaschutz und Energie Stadtverwaltung Luzern» entscheidet der Grosse Stadtrat voraussichtlich am 13. November 2025.

Mit der Ende 2022 vom Stimmvolk klar angenommenen Klima- und Energiestrategie wurden 32 Massnahmen beschlossen. Eine davon rückt die Vorbildrolle der Stadtverwaltung in den Fokus. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoss der Verwaltung kontinuierlich zu senken. Erste Projekte sind in Umsetzung, dennoch braucht es weitere Anstrengungen. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag (B+A) «Vorbild Klimaschutz und Energie Stadtverwaltung Luzern» schlägt der Stadtrat 13 zusätzliche Massnahmen vor. Dafür beantragt er drei Kredite über insgesamt 15,25 Mio. Franken.

Als Datengrundlage wurde in einem ersten Schritt der jährliche Treibhausgasausstoss der Verwaltung erhoben – ergänzt wurden zum ersten Mal auch die grauen Treibhausgasemissionen. Diese umfassen zusätzlich die ausserhalb der Stadt Luzern verursachten Treibhausgasemissionen für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung von Produkten und Materialien. Das Ergebnis: Die Stadtverwaltung verursacht rund 11'000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Etwa die Hälfte entfällt dabei auf die grauen Treibhausgasemissionen.

In einem zweiten Schritt wurden 13 zusätzliche Massnahmen entwickelt. Einige der Massnahmen verstärken bereits laufende Projekte – beispielsweise im Bereich Photovoltaik. Hier hat sich gezeigt, dass auf städtischen Liegenschaften mehr Photovoltaikanlagen installiert werden können als ursprünglich angenommen. Um dieses Potenzial zu nutzen, wird nebst finanziellen Mitteln für den Bau der Anlagen auch eine befristete Teilzeitstelle beantragt.

Andere Massnahmen ergänzen laufende Projekte. So wird der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorangetrieben – als logische Ergänzung zur bereits beschlossenen Umstellung des städtischen Fuhrparks auf erneuerbare Antriebe. Zur Umsetzung werden finanzielle Mittel für den Aufbau der Infrastruktur und eine unbefristete Teilzeitstelle beantragt.

Das neu vorgesehene Energiemanagement soll den Stromverbrauch aller Anlagen optimieren und insbesondere den selbst produzierten Strom prioritär nutzen. Dafür enthält der B+A einen Antrag für eine unbefristete Vollzeitstelle.

Als eine weitere der 13 Massnahmen wird eine Teilzeitstelle für Mobilitätsmanagement geschaffen. Damit sollen die rund 1900 Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sowie die rund 1150 Lehrpersonen der Volksschule noch stärker zu klimafreundlicher Mobilität motiviert werden.

Weitere Massnahmen zielen auf die Reduktion von grauen Treibhausgasemissionen durch eine verstärkte Kreislaufwirtschaft. Dieser ganzheitliche Ansatz berücksichtigt den gesamten Lebenszyklus eines Produkts: Von der Rohstoffgewinnung über das Design, die Produktion und die Distribution eines Produkts und die Nutzung bis hin zum Recycling. Dadurch werden weniger Rohstoffe verbraucht. Die Massnahmen zum Auf- und Ausbau einer Kreislaufwirtschaft setzen an in den Bereichen Bauen und Planen im Hoch- und Tiefbau, bei der Beschaffung oder bei der Sensibilisierung von Mitarbeitenden oder Schüler*innen. Im Bereich Beschaffung sind zusätzliche personelle Ressourcen vorgesehen, um die Elemente der Kreislaufwirtschaft besser im Beschaffungsprozess berücksichtigen zu können. Massnahmen zum Planen und Bauen im Hochbau sind im gleichzeitig veröffentlichten B+A «Graue Energie im Hochbau» enthalten.

Mit all diesen Massnahmen festigt die Stadt Luzern ihre Rolle als Vorreiterin im Bereich Klimaschutz. Der Grosse Stadtrat wird den Bericht und Antrag «Vorbild Klimaschutz und Energie Stadtverwaltung Luzern» voraussichtlich am 13. November 2025 behandeln.